

Handelskriege kennen nur Verlierer

Nach dem sich verschärfenden kalten Krieg der EU- und Nato-Staaten gegen Russland, dräut nun zu allem Überfluss auch noch ein veritabler Handelskrieg der USA gegen den Rest der Welt. Entgegen Präsident Trumps Überzeugung, diesen Handelskrieg *gewinnen* zu können, werden am Ende alle verlieren – auch die USA. Wer viel importiert, hat schließlich gute Gründe dafür. Wie also sollte ein Importstopp kräftig nachgefragter Güter den Amerikanern Gewinn bringen?

Der schottische Moralphilosoph Adam Smith legt in seinem 1776 erschienen Werk „*Der Wohlstand der Nationen*“, überzeugend dar, dass *Arbeitsteilung* eine der wesentlichen Grundlagen für breiten Wohlstand bildet. Denn wer sich bei der Arbeit auf seine besonderen Fähigkeiten konzentriert, produziert mehr und besser als einer, der vieles oder gar alles zu machen versucht. Diese Erkenntnis ist inzwischen zur Binsenweisheit geworden. Was aber im Kleinen innerhalb einer Dorf- oder Stadtgemeinschaft, oder innerhalb einer Staatsgrenze gilt, gilt auch im Großen - über Grenzen hinweg. Es leuchtet jedermann, von Jean Ziegler und ein paar unbelehrbaren Attac-Aktivisten abgesehen, ein, dass es ungleich zweckmäßiger ist, Bananen aus den Tropen zu importieren, als sie in Alpenländern im Glashaus zu züchten. Und wenn die besten Fahrzeugingenieure nun einmal in Deutschland zu finden sind, sollte man davon absehen, ein französisches oder italienisches Auto anzuschaffen. Das interessierte Publikum weiß das, und trifft entsprechende Kaufentscheidungen.

Handelsbarrieren, Importbeschränkungen durch Zölle, sowie Subventionen für nicht konkurrenzfähige Betriebe oder Branchen, richten sich in jedem Fall gegen den Markt, damit gegen Konsumentenpräferenzen, und laufen der Arbeitsteilung zuwider. Sie nutzen den in geschützten Werkstätten Tätigen und schaden allen anderen, weil die dadurch gezwungen sind, höhere Preise zu bezahlen oder mit schlechterer Qualität zu leben.

Das von Donald Trump ins Feld geführte Argument, „*unfairen Handelspraktiken*“ entgegnetreten zu wollen, weil die ausländische Konkurrenz - angeblich oder tatsächlich - zu „*Dumpingpreisen*“ liefert, ist nicht einmal auf den ersten Blick plausibel. In Wahrheit stellt eine zu „*Dumpingpreisen*“ gelieferte Ware nämlich ein *Geschenk* auf Kosten der Produzenten dar. Ist doch wunderbar! „*Wenn man Dir gibt, dann nimm!*“, heißt es im jiddischen Sprichwort. Warum wegen günstiger Preise einen Aufstand inszenieren? Im Falle der gelenkten Kommandowirtschaft Chinas, bezahlen die chinesischen Steuerzahler, Arbeiter mit niedrigen Löhnen und chinesische Unternehmer mit entgangenen Gewinnen für ihre Exporte nach Übersee. Das ist allein *ihr Problem*. Sie allein sind die Opfer der von ihrer eigenen Regierung betriebenen Exportpolitik, nicht aber die belieferten Unternehmen und Haushalte in den Empfängerländern. Wenn also jemand Grund zum Jammern hat, dann die Menschen in China, nicht aber die Regierung in den USA.

Aus Sicht der „*Beschenkten*“ ergibt sich der Vorteil, dass sie, beispielsweise für Eisen und Aluminium, weniger bezahlen müssen, als wenn sie diese Metalle bei den teureren heimischen Produzenten kaufen. Folglich steht den verarbeitenden Betrieben mehr Geld für alternative Einkäufe und Investitionen zur Verfügung. Beim Einkauf Geld sparen zu können, ist *immer* vorteilhaft.

Was also steckt hinter den Plänen zur Errichtung von Zollbarrieren, da sich die genannten Einsichten ja zweifellos auch Herrn Trump erschließen? Hinter dem Kampf gegen angeblich unfaire Wettbewerber, verbirgt sich allemal die nur fadenscheinig getarnte *Abscheu gegen jede Art von Konkurrenz*. Kein Wirtschaftstreibender liebt seine billiger oder besser produzierenden Mitbewerber. Unternehmer neigen grundsätzlich dazu – auch das ist eine von Adam Smiths Erkenntnissen – sich, wenn immer möglich, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln vor der Konkurrenz zu schützen. Ein probates Mittel dazu ist es, sich politischer Schützenhilfe zu bedienen, um diese auszuschalten. Nutznießer sind

jene Branchen, die sich, dank wirkungsvollen Lobbyings oder erfolgreicher Bestechung, der Gunst der Regierung erfreuen. Den durch dieser Art der Korruption entstehenden Schaden, trägt die überwiegende Mehrheit der Betriebe und Konsumenten. Die amerikanische Eisen- und Aluminiumlobby scheint hervorragende Arbeit geleistet zu haben.

Je mehr die Märkte politisch reguliert werden – zum Beispiel durch regierungsseitige Unterstützung gewerkschaftlicher Aktivitäten, mit kostentreibenden Umweltschutzauflagen oder mittels Subventionierung unrentabel arbeitender Produzenten -, desto stärker sinkt die Produktivität einer Volkswirtschaft, und damit der Wohlstand ihrer Bürger.

Die Märkte für Eisen und Aluminium sind allerdings bei weitem nicht die einzigen, die von politischen Interventionen heimgesucht werden. Die aus unerfindlichen Gründen immer noch stark romantisierte *Landwirtschaft*, ist ein besonders krasses Beispiel dafür. Weshalb Bauern wie heilige Kühe behandelt, und unentwegt vor den gar schrecklichen Fährnissen des Marktes bewahrt werden sollen, denen alle anderen (außer Politikern, Beamten, Klerikern und Aktivisten von NGOs) 365 Tage im Jahr ausgesetzt sind, liegt im Dunkeln. Importrestriktionen im Bereich der Nahrungsmittel bewirken zuverlässig, dass jedermann höhere Lebenshaltungskosten zu tragen hat, da ihm der Bezug billiger importierter Waren verunmöglicht wird. Handelshemmnisse bei Lebensmitteln treffen daher jene Haushalte besonders hart, die darauf den relativ größten Teil ihres Einkommens verwenden müssen: Die Armen. Interessant, dass hier das in jedem anderen Fall übliche Geplärr der Wächter über die „*soziale Gerechtigkeit*“, verstummt.

Man kann es drehen und wenden, wie man will: Der Ruf nach Handelshemmnissen gegen „*unfaire Konkurrenten*“ – gleich welcher Branche -, ist ein Schritt auf dem Weg in die staatlich gelenkte Planwirtschaft. Wer den für keinen Fehler hält, der sollte zwecks Erkenntnisgewinns zu einem Lokalausgang nach Cuba, Venezuela oder Zimbabwe aufbrechen, um sich mit eigenen Augen davon zu überzeugen, wohin sozialistische Wirtschaftsplanung führt.

Es gibt zahlreiche historische Beispiele für die zerstörerische Wirkung von Handelshemmnissen. Der französische Ökonom Frédéric Bastiat brachte es bereits in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts so auf den Punkt: „**Wenn nicht Waren die Grenzen überschreiten, dann werden es Armeen tun.**“ Wer kann das wollen?

Nicht nur Donald Trump wäre gut beraten, seine Finger von der Wirtschaftspolitik lassen. Alle Regierungen dieser Welt sollten das tun: ***Laissez-faire, laissez-passer!***

a.toegel@atomed.at